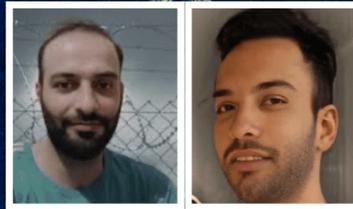


MENSCHENRECHTSLAGE IM IRAN

Iran BERICHT



Die Islamische Republik Iran ist ein Unrechtsstaat und missachtet systematisch die Rechte ihrer Bürger. Angehörige ethnischer, religiöser und politischer Minderheiten sind im Iran vielfacher Diskriminierungen ausgesetzt. Die IGFM veröffentlicht hier monatlich einen Iran-Bericht und berichtet regelmäßig über die Menschenrechtssituation im Iran.

Menschenrechtsslage in Iran

IGFM-Bericht vom 3. Juni 2025

Der Mai 2025 war geprägt von massiver Gewalt, gezielter Unterdrückung der Zivilgesellschaft, systematischen Hinrichtungen und der eklatanten Missachtung grundlegender Rechte. Inmitten wachsender sozialer Spannungen und außenpolitischer Isolation reagiert das Regime nicht mit Reformen oder Dialog, sondern mit Repression, Einschüchterung, Folter - und der strategischen Anwendung der Todesstrafe als Mittel politischer Machterhaltung.

Die Atomverhandlungen zwischen Teheran und Washington befinden sich in einer kritischen Phase. Zwar wurden die Gespräche bislang nicht abgebrochen, doch das Vertrauen in ihren Erfolg ist selbst innerhalb des iranischen Machtapparats geschwunden. Am Dienstag, dem 20. Mai 2025, erklärte Revolutionsführer Ali Chamenei, er glaube nicht, dass die laufenden indirekten Verhandlungen „zu einem bedeutenden Ergebnis führen“ würden. Diese pessimistische Haltung wurde begleitet von einer Zunahme aggressiver



Pedram Madani

Am 25. Mai wurde der 41-jährige IT-Ingenieur Pedram Madani, Vater eines Sohnes und in Deutschland wohnhaft, in Iran hingerichtet. Er war 2019 unter dem Vorwurf der Spionage für Israel festgenommen worden. Trotz mehrfacher Aufhebung seines Todesurteils durch den Obersten Gerichtshof wurde das Urteil durch dieselbe Instanz wiederholt bestätigt. Das Verfahren war geprägt von groben Verfahrensverstößen: Madani wurde ohne unabhängige



Mohammad Amin Mahdavi Shayesteh

Der politische Gefangene [Mohammad Amin Mahdavi Shayesteh](#) wiederum wurde wegen angeblicher „Spionage für Israel“ und „Blasphemie“ zum Tode verurteilt – eine Anklage, die häufig gegen politische Gegner verwendet wird.

Auch das Urteil gegen den populären Sänger Amir Hossein Maghsoudloo (alias *Tataloo*) wurde bestätigt. Ihm werden „Beleidigung des Propheten“ und „Anstiftung zur Prostitution“ vorgeworfen.

Diese Fälle zeigen deutlich: Das Regime setzt die Todesstrafe systematisch zur Einschüchterung kritischer Stimmen ein – unabhängig davon, ob es sich um Künstler, Aktivisten oder Wissenschaftler handelt.

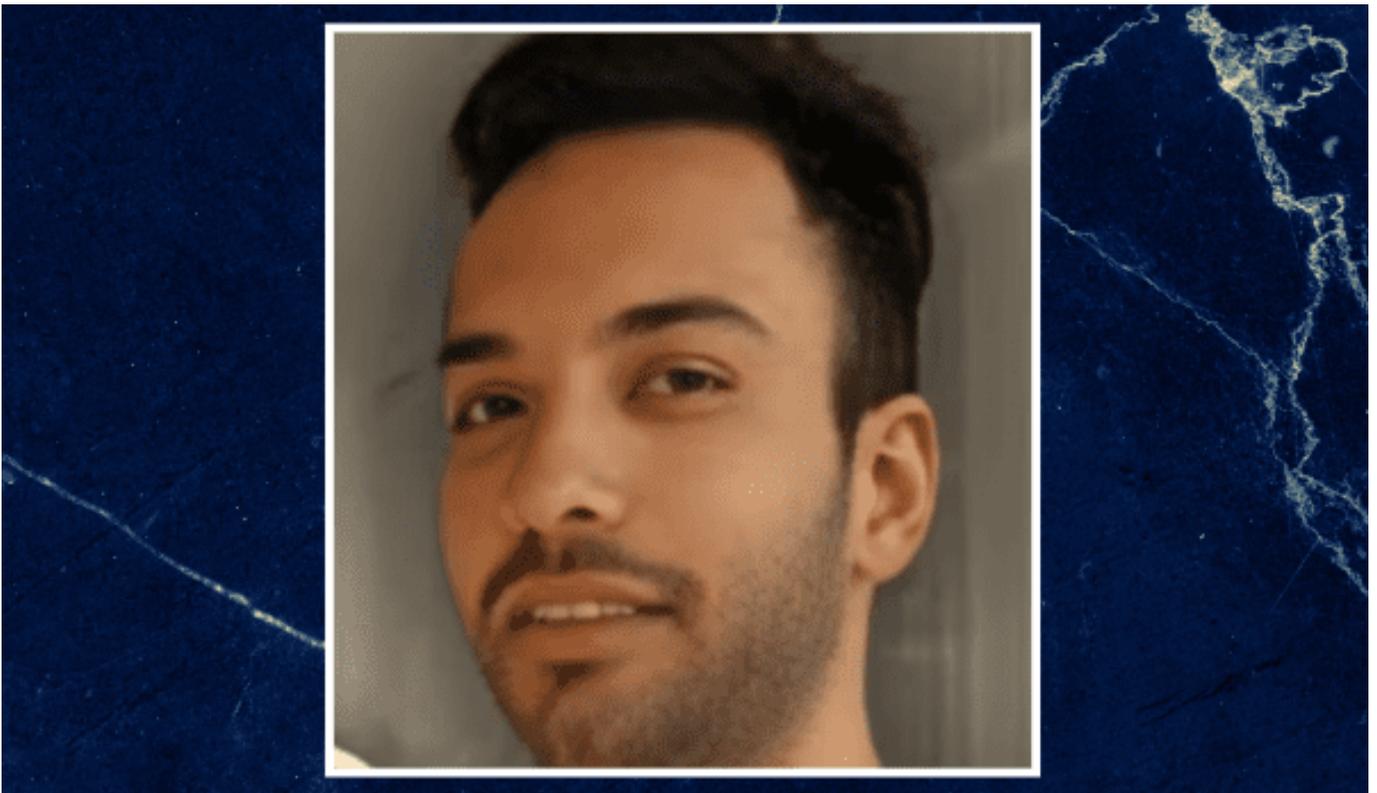


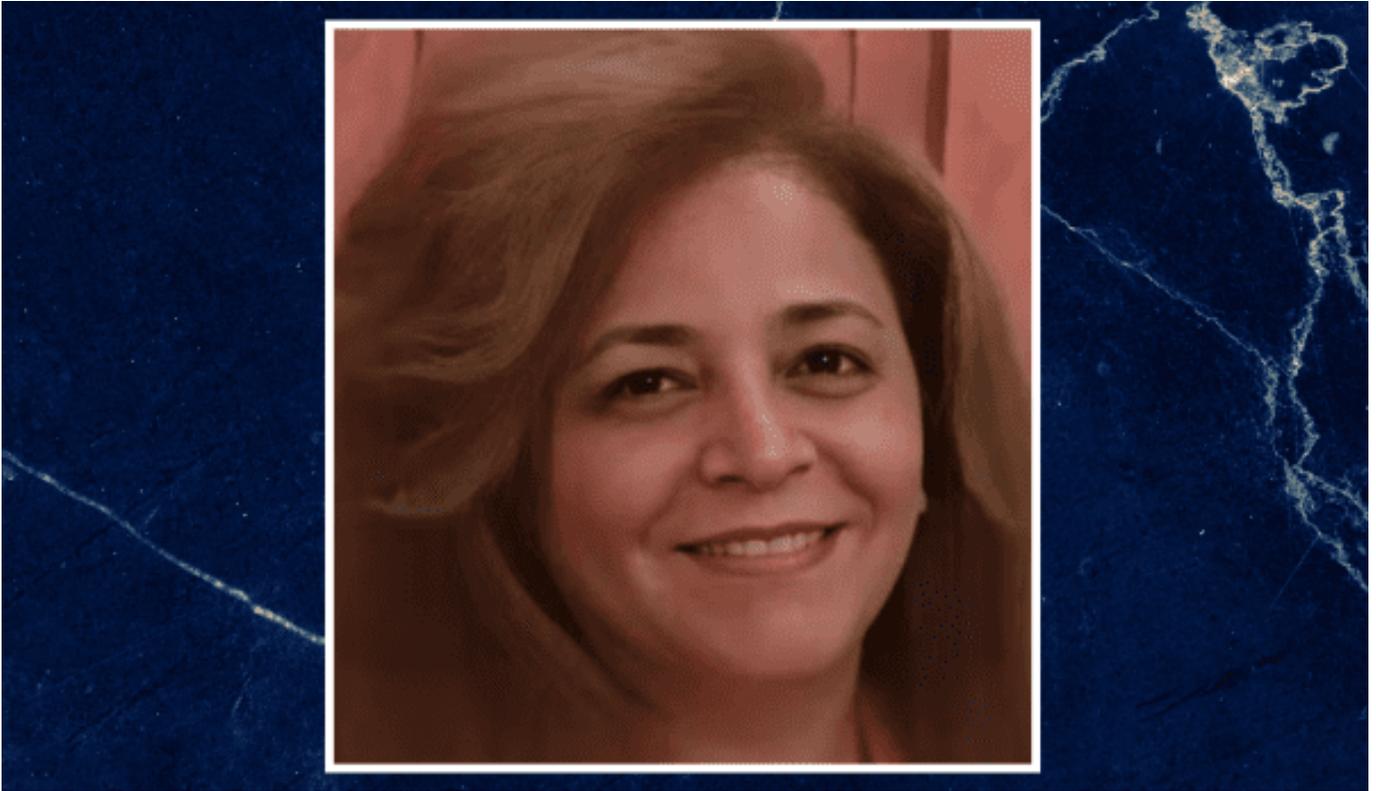
Ahmadreza Djalali

Der iranisch-schwedische Arzt und Wissenschaftler [Ahmadreza Djalali](#), seit April 2016 inhaftiert, erlitt am 9. Mai im Evin-Gefängnis einen Herzinfarkt. Trotz seines kritischen Zustands wurde ihm eine sofortige fachärztliche Versorgung verweigert. Djalali war unter Druck zu einem Geständnis gezwungen worden, das als Grundlage für sein Todesurteil diente. Nach fast neun Jahren Haft ist sein Gesundheitszustand lebensbedrohlich. Die Missachtung medizinischer Versorgung politischer Gefangener ist Teil einer systematischen Strategie physischer Zermürbung.

Zudem mehren sich Berichte über körperliche Misshandlung in iranischen Gefängnissen. Der politische Gefangene Reza Rezaei, ein 30-jähriger Mann mit körperlichen Einschränkungen und schwerer Epilepsie, wurde im Mai mit 74 Peitschenhieben bestraft. Die Verletzungen waren so schwer, dass er isoliert wurde - offenbar, um die Spuren der Folter vor anderen Häftlingen zu verbergen.

Rezaei wurde im Juli 2023 zusammen mit zwei weiteren Personen, Hossein Jafar und Yasin Mokhtari, von Sicherheitskräften festgenommen und ins Dastgerd-Gefängnis in Isfahan überstellt. Beihilfe zur „Moharebeh“ (Kriegsführung) mit dem Ziel, sich dem islamischen System entgegenzustellen, sowie die „Mitgliedschaft in der Organisation der Volksmudschahedin,“ zählen zu den gegen sie erhobenen Vorwürfen.





Roya Sabet

Im Falle einer rechtskräftigen Bestätigung des Urteils durch das Berufungsgericht würden 10 Jahre der verhängten Haftstrafe als die härteste Strafe vollstreckt werden . Roya wurde im Januar 2024 von Agenten des Geheimdienstes der Revolutionsgarde verhaftet. Nach sieben Monaten Untersuchungshaft wurde sie schließlich im August 2024 gegen Kaution aus dem Adelabad-Gefängnis in Schiras entlassen.

Weitere Bahai - Sheyda Rouhani, Shiedeh Tavakoli und Shiela Tavakoli - wurden im Mai 2025 in Teheran festgenommen. Die Gründe für ihre Festnahme sind unklar, und es wurden bisher keine offiziellen Anklagen bekannt gegeben.



Mehdi Rahimi und Kia Nourinia

Auch christliche Konvertiten geraten weiterhin ins Visier:

In Tabriz wurden Mehdi Rahimi und Kia Nourinia zu je zwölf Jahren Haft verurteilt. Beide wurden wegen „Förderung abweichender zionistisch-christlicher Überzeugungen, die gegen die Islamische Republik gerichtet sind“ zu zehn Jahren Haft nach Ermessen verurteilt und erhielten zusätzlich zwei Jahre wegen „Handels mit verbotenen Gütern“, was sich auf den Vertrieb religiöser Bücher bezieht.

Ein Hoffnungsschimmer war die internationale Anerkennung des iranischen Regisseurs Jafar Panahi. Sein im Untergrund gedrehter Film *„Ein einfacher Unfall“* gewann bei den Filmfestspielen von Cannes die Goldene Palme. Bei seiner Rückkehr nach Teheran am 25. Mai wurde Panahi von einer Menschenmenge empfangen, die „Frauen, Leben,

Freiheit“ rief – ein deutliches Zeichen für die andauernde gesellschaftliche Widerstandskraft. Regimennahe Medien reagierten mit demonstrativer Missachtung und Diffamierung.



Weitere Informationen zur Menschenrechtslage im Iran

Bisherige Berichte, nach Datum sortiert

Politische Gefangene im Iran sind auf unsere Unterstützung angewiesen. Informieren Sie sich über ihre Schicksale und wie sich Abgeordnete für ihre Freilassung einsetzen.

Ministerpräsident Weil übernimmt politische Patenschaft

Ministerpräsident
Stephan Weil hat die
politische Patenschaft
für den im Iran
inhaftierten
Rechtsanwalt und
Menschenrechtsaktivist
en Mohammad Najafi
übernommen. Die
Übernahme der
Patenschaft erfolgt in
Zusammenarbeit mit
der Internationalen
Gesellschaft für
Menschenrechte
(IGFM) und ‚Hanover
For Iran‘.